



# MALXE BLATT



*mit Herz und Schnauze*

1 / 2009

## **DIE LINKE.** -Zeitung für Forst und Umgebung



### Alle Jahre wieder

Das Jahr beginnt wie immer in der Forster Kommunalpolitik mit der Erstellung des Haushalts. Auch der Landkreis ist diesmal, bedingt durch die Kommunalwahl 2008, noch mitten in den Haushaltsberatungen. Seit 2007 sind in den Gemeinden des Landkreises deutlich höhere Steuereinnahmen zu verzeichnen. Gleichzeitig wird die Kreisumlage, also der Betrag, den die Gemeinden an den Kreis abführen müssen, deutlich erhöht. Die Steuereinnahmen aber sind sehr unterschiedlich verteilt. Für Forst bedeutet dies, dass eine höhere Kreisumlage auch zu weniger Mitteln im eigenen Haushalt führt. Ein vernünftiger Finanzausgleich innerhalb des Kreises kann nicht stattfinden. Die Finanzgesetzgebung in Brandenburg lässt differenzierte Kreisumlagen nicht zu. Dies wäre aber eine zwingende Voraussetzung, um dem Grundsatz der Landesverfassung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Regionen Rechnung zu tragen. Forst wird sein Haushaltsdefizit langfristig nicht beseitigen können, deshalb kommt es darauf an, endlich ein Gesamtpaket zu erstellen, das die sozialen Standards in unserer Stadt sichert und gleichzeitig Sparpotenziale erschließt. So könnte der Landkreis das Textilmuseum in seine Verantwortung übernehmen. Das

Museum ist das einzige seiner Art im Land Brandenburg und hat deshalb Bedeutung über die Stadtgrenzen hinaus. Dieser Schritt würde für das Museum bessere Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und den städtischen Haushalt um 120.000 Euro entlasten. Um dies zu erreichen, muss Forst aber auf den Kreis zugehen und nicht auf wundersame Errettung warten. Wenn es darum geht, die Bürgerinnen und Bürger mit höheren Abgaben zu belasten, ist man im Rathaus deutlich schneller. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung im Dezember eine Grundsteuererhöhung abgelehnt hat, versucht der Bürgermeister nun über die Beanstandung des Beschlusses die Erhöhung doch noch durchzusetzen. Dies ist nichts weiter als blinder Aktionismus ohne Konzept. Wenn wir so weitermachen, werden wir dies in kürzester Zeit mit dem Verlust so mancher sozialen Einrichtung bezahlen. Ob die Erhöhung gelingt, hängt entscheidend von der CDU-Fraktion ab. Wenn sie zu ihrer Entscheidung vom Dezember steht, wird eine Anhebung nicht stattfinden. Steuer- und Abgabenerhöhungen sollten immer der letzte Schritt in einem vernünftigen Konzept sein, niemals der erste.

**Ingo Paeschke**  
Vorsitzender der Fraktion **DIE LINKE**  
der SVV Forst

### Spruch des Monats

*»Wenn die Unfähigkeit  
einen Decknamen braucht,  
nennt man sie Pech.«*

*Charles Maurice de Talleyrand*



### Zum 75. Geburtstag

Das Mitglied unserer Fraktion, die Altersvorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Forst, **Frau Christa Kruse**, ist am 05. Januar 75 Jahre alt geworden. Die gesamte Fraktion und **DIE LINKE** in Forst gratulieren ihr dazu herzlich. Frau Kruse ist seit der ersten Legislaturperiode nach der Wende Mitglied der SVV. Seit 1994 gehört sie unserer Fraktion als parteilose Abgeordnete an. Bereits zum zweiten Mal hat sie als ältestes Mitglied der SVV eine neue Wahlperiode eröffnet. Sie ist seit Jahrzehnten in unserer Stadt für ihr soziales Engagement bekannt und geachtet. Als Leiterin der Fürsorge des Kreises Forst hat sie zu DDR-Zeiten und zu Beginn der Neunzigerjahre unbürokratisch und mutig so manches Problem im Sinne der Kinder und Mütter gelöst. Als Stadtverordnete war und ist sie seit zwei Jahrzehnten Vertreterin im Sozialausschuss der Stadt. Dem Gesundheitswesen in Forst ist sie immer eng verbunden geblieben. Wir wünschen Christa Kruse auch für die kommenden Jahre Kraft und Gesundheit, damit sie uns auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen kann.

**Ingo Paeschke**  
Vorsitzender der Fraktion  
**DIE LINKE** der SVV Forst

### »Denn wie sprechen Menschen mit Menschen? –

*Aneinander vorbei.«*

*Kurt Tucholsky*

Liebe Leserinnen und Leser, dieser Ausspruch trifft zu, wenn Menschen miteinander reden, ohne einander zuzuhören. Unser Anspruch ist es auch im neuen Jahr, mit unserer kleinen Zeitung nicht aneinander vorbei, sondern miteinander zu reden.

2009 ist ein Wahljahr: Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Wichtige Entscheidungen stehen also vor uns, die nicht wenige Auswirkungen auf die Kommunalpolitik haben werden.

Wir wollen diese Wahlen mit aktuellen Informationen begleiten und sind nach wie vor gespannt auf Lesermeinungen. Natürlich steht Kommunalpolitik auch 2009 im Mittelpunkt. Es wird ein schwieriges Jahr für die Stadt Forst. Die Finanzkrise, der hohe Fehlbetrag im Haushalt der Stadt und das durch den Kreis favorisierte Konjunkturpaket erfordern von jedem, nicht einfache Entscheidungen zu treffen. Diesen Prozess wollen wir transparent und kommunikativ in unserer Zeitung darstellen.

In diesem Sinne wünschen wir allen Leserinnen und Lesern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2009.

**Anke Schwarzenberg**, Ortsvorsitzende **DIE LINKE**  
**Ingo Paeschke**, Fraktionsvorsitzender  
**Helga Neumann**, Sprecherin der AG Malxe-Blatt

# Das gesamte Finanzsystem gehört in öffentliche Hand

**Die Teilverstaatlichung einzelner Banken wird nicht ausreichen, um die Finanzkrise in den Griff zu bekommen und eine Kreditklemme abzuwenden, die immer mehr Unternehmen in die Insolvenz zu treiben droht. Das gesamte Finanzsystem muss in öffentliche Hand überführt und die Geschäftspolitik der Banken demokratisch gesteuert werden.**

Nur so kann gewährleistet werden, dass die Banken ihre Kreditpolitik künftig am Gemeinwohl ausrichten und Kapital in sinnvolle Investitionsprojekte leiten, statt sich auf der Suche nach immer höheren Renditen auf den globalen Finanzmärkten zu verzocken. Von einer wirksamen demokratischen Kontrolle der Banken will die Regierung jedoch nichts wissen. Wie SPD-Chef Müntefering betont hat, will man auf die Geschäfte der Commerzbank

keinen Einfluss nehmen; außerdem will sich die Regierung so bald wie möglich wieder von den Anteilen an der Commerzbank trennen. Die vorübergehende Beteiligung an der Commerzbank hat also lediglich den Zweck, enorme Spekulationsverluste auf die Allgemeinheit abzuwälzen sowie die Übernahme der Dresdner Bank mit öffentlichen Geldern zu subventionieren. Letztlich werden also Steuergelder eingesetzt, um die fusionsbedingte Vernichtung von Arbeitsplätzen zu finanzieren und die Konzentration wirtschaftlicher Macht weiter voranzutreiben.

Das jetzige Krisenmanagement ist eine direkte Fortsetzung der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre, die für die wirtschaftliche Katastrophe, auf die wir zusteuern, wesentlich verantwortlich ist. Die Alternativen dazu liegen auf der Hand: Statt die Spekulationsverluste der Banken

zu sozialisieren, müssen die Profiteure des Finanzcasinos zur Kasse gebeten werden. Allein eine Millionärssteuer von lediglich fünf Prozent auf Privatvermögen oberhalb von einer Million Euro könnte 80 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen. Würde man außerdem Steuern auf Finanztransaktionen einführen und eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften und hohen Einkommen durchsetzen, wäre genug Geld da, um Rente, Kindergeld und ALG II deutlich anzuheben, die chronische Unterfinanzierung von Bildung und Gesundheit zu beenden, den Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur zu überwinden sowie durch einen massiven Kaufkraftschub den Binnenmarkt zu stabilisieren und der Krise aktiv entgegenzuwirken.

**Sahra Wagenknecht**  
Mitglied des Parteivorstandes und  
des Europäischen Parlaments

## Europawahlen 2009 eröffnen Chance für einen Politikwechsel

**Am 1. Januar 2009 übernimmt die Tschechische Republik von Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft.**

Mit dem Jahreswechsel 2008/2009 neigt sich auch die französische EU-Ratspräsidentschaft ihrem Ende zu. Wie kaum eine andere wurde sie von der Omnipresenz des französischen Präsidenten Sarkozy maßgeblich beeinflusst. In seiner Amtszeit gab es zahlreiche Herausforderungen:

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die erneute Rückkehr des Krieges in Europa mit dem Kaukasuskonflikt, das Machtvakuum in den USA, die verheerende Bilanz von Bushs »Krieg gegen den Terror« und Europas Mitverantwortung, das Suchen notwendiger politischer Antworten auf die Klimakatastrophe.

Sarkozy selbst meinte, er sei der richtige Mann zur richtigen Zeit gewesen. Er selbst zog vor dem Europaparlament eine positive Bilanz. Soweit dies sein Krisenmanagement betrifft, ist dem kaum zu widersprechen. Was unterm Strich bleibt, bedarf jedoch einer differenzierteren Analyse und Wertung. So wurde im Georgienkrieg einerseits Russland einseitig die Verantwortung zugeschoben, andererseits nutzte Sarkozy die Möglichkeit, die unterbrochenen Gespräche zwischen der EU und Russland über ein neues Partnerschaftsabkommen wieder aufzunehmen. 2009 wird es einen OSZE-Gipfel geben, der sich mit dem Vorschlag Russlands für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur beschäftigt.

Ähnlich die Bilanz bei der Finanzkrise: Es wurde schnell reagiert, aber die getroffenen gemeinsamen Maßnahmen sind unzureichend und nutzen vor allem den Großbanken und weniger den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Gleichzeitig hat der französische EU-Ratspräsident versucht, das Projekt einer Wirtschaftsregierung wieder ins Gespräch zu bringen sowie darüber hinaus gemeinsame europäi-

sche »Antikrisen-Pakete« durchzusetzen. Beides scheiterte ebenso wie sein inhaltlicher Ansatz, konsequente weiterführende Ziele beim Klimapakete durchzusetzen, an der deutschen Bundeskanzlerin.

Am zwiespältigsten: Sarkozys Politik im ureigensten Interesse der EU. Sein Agieren bezüglich des irischen Neins zum Lissabonner Vertrag setzt das alte Verständnis fast aller EU-Ratspräsidenten fort: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Es soll bei der Machtteilung zwischen nationaler Entscheidungsgewalt der jeweiligen Staats- und Regierungschefs und ihrem Ermessensspielraum für EU-Politik bleiben. Sie entscheiden, was auf EU-Ebene geschehen darf, nicht die Bevölkerungen der EU-Mitgliedsstaaten. So wird es nicht gelingen, zu mehr Aufgeschlossenheit der Bürgerinnen und Bürger für Europa zu kommen. Sarkozy setzte Irland wie kein anderer unter Druck, das Referendum zu wiederholen. Respekt vor dem Votum der Bürgerinnen und Bürger sieht anders aus!

Am 1. Januar übernimmt nun die Tschechische Republik für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft; nach Slowenien der zweite neue Mitgliedsstaat. Es ist eine

wichtige Ratspräsidentschaft: Finanz- und Wirtschaftskrise sind längst nicht bewältigt, das Alltagsgeschäft, also die Umsetzung des Arbeitsplanes der EU-Kommission verlangt große Anstrengungen, am Ende der Ratspräsidentschaft stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament. Das alles muss von einem eher kleinen Mitgliedsstaat bewerkstelligt werden, mit einem Staatspräsidenten, der durchaus als europaskeptisch einzuschätzen ist.

DIE LINKE und die Europäische Linke erwarten, dass die tschechische Ratspräsidentschaft dazu beitragen wird, den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit europäischer Integration bewusst zu machen. DIE LINKE und die Europäische Linke stehen für einen grundlegenden Kurswechsel in der EU-Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und friedliche Entwicklung. Die Mitgliedsparteien der Europäischen Linken in Tschechien werden ihren Beitrag dazu leisten und die europäische und die deutsche Linke werden sie dabei unterstützen.

**Lothar Bisky**  
Vorsitzender der Partei DIE LINKE und  
der Partei der Europäischen Linken

### Unterstützung gesucht

Das Malxe-Blatt ist mit seinen jährlich 11 Ausgaben im Laufe vieler Jahre zu einem wichtigen Informationsmittel in Forst geworden. Es wird ausschließlich durch ehrenamtliche Arbeit erstellt und verteilt. Dies ist nicht immer einfach, denn um 4000 Exemplare an den Mann bzw. die Frau zu bringen, muss so mancher Verteiler schon ganz beachtliche Wege zurücklegen. Wir möchten unsere »Schwerarbeiter« ein wenig entlasten und würden uns freuen, den einen oder anderen Malxe-Blatt-Verteiler dazuzugewinnen. Wenn sie also Zeit und Interesse an unserem Infoblättchen haben und uns unterstützen wollen, dann melden sie sich bei uns unter Telefon 7852 oder 665648.

Zu guter Letzt noch eine Nachricht an die, die seit langem hoffen, dass unsere kleine Zeitung irgendwann verschwindet: Machen Sie sich keine falschen Hoffnungen! **Ingo Paeschke, Vorsitzender der Fraktion Die Linke der SVV Forst**



## Wie viele Windkraftanlagen sollen in Forst stehen?

Eine innovative Energie-region soll die Lausitz werden. Dazu gehören natürlich auch Windkraftanlagen.

Der Energieatlas, herausgegeben von der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, sieht für Forst ein Eignungsgebiet nordwestlich von Briesnig in einer Größe von 369 ha vor. Wenn man davon ausgeht, dass man für eine Windkraftanlage mit einer Flächengröße von ca. 10 ha rechnet, reden wir hier von geplanten ca. 37 Windkraftanlagen. Über die vorgesehene Leistung dieser Anlagen gibt der Energieatlas keine Auskunft.

Im vorigen Jahr wurde der Teilregionalplan III »Windkraftnutzung« durch das Oberverwaltungsgericht Potsdam für unwirksam erklärt. Die Regionale Planungsgemeinschaft muss also einen neuen Plan erarbeiten. Das gibt natürlich auch die Möglichkeit, über neue Eignungsgebiete nachzudenken, und so lautet auch der Auftrag der Landesregierung.

Angekündigt wurde, den Kriterienkatalog für die Auswahl von Eignungsgebieten zu überarbeiten. Was heißt das? Werden wir in Zukunft Windkraftanlagen im Wald aufstellen? Haben wir in Forst mit einem weiteren

Eignungsgebiet zu rechnen? Die Flächen-nutzungskonkurrenz ist größer geworden. Die genehmigten Flächennutzungspläne der Städte und Gemeinden spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie finden im Abgleich mit der Regionalplanung Berücksichtigung.

Der Flächennutzungsplan der Stadt Forst ist zurzeit in der Überarbeitung. Wir erwarten in diesem Jahr die Diskussion und Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung. Gut wäre, wenn diese Diskussion vor der Bestätigung des neuen Teilregionalplanes III »Windkraftnutzung« erfolgt.

Nichts gegen Windkraftanlagen, wenn der Standort stimmt. Alle erneuerbaren Energien können, wenn sie in ihrer Größe nicht den örtlichen und ganz spezifischen Bedingungen angepasst werden, der Umwelt schaden. Wer eine saubere Umwelt haben will, muss beim Energiesparen anfangen, sowohl im Privaten als auch in der Kommune. Im Haushaltssicherungskonzept ist schon lange die Rede von einem Energiemanagement. Ergebnisse wurden bisher noch nicht aufgezeigt.

Nun wird es unsere Aufgabe sein, dieses Energiemanagement zu hinterfragen, denn Energieeinsparungen sind auch eine Haushaltsfrage. In der Stadt gibt es genügend

kommunale Gebäude, die entsprechend ihres Energieverbrauches bewertet werden müssen, um kurz- und langfristige Maßnahmen abzuleiten. Packen wir es also an!

**Anke Schwarzenberg**  
Stadtverordnete DIE LINKE

**Veranstaltungshinweis:  
Bitte vormerken!**

### AG »Soziales«

Am **24. März 2009** veranstaltet die AG Soziales eine politische Veranstaltung zu den Problemen mit dem Gesetz Hartz IV.

Das Thema lautet:

**»Vier Jahre nach Einführung von Hartz IV: Wie leben mit Hartz IV? Welche Folgen für die Betroffenen? Was muss sich verändern?«**

Die Veranstaltung soll ALG-II-Bezieher ebenso ansprechen wie Geringverdienende und Interessenten.

Betroffene sollen zu Wort kommen und Antworten auf ihre Fragen erhalten und mit Gästen diskutieren. **AG Soziales**



## Der Bundesgeschäftsführer meint

**Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen**

### Mindestlohn als Konjunkturmotor

**DIE LINKE bekräftigt nach dem Urteilspruch zum Post-Mindestlohn ihre Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.**

Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, gerichtsfeste Gesetze zu verabschieden. Auch das können sie nicht. Der Urteilspruch unterstreicht die Notwendigkeit eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes. Nur durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn können Hunger- und Niedriglöhne konsequent verhindert werden. Dass 1,3 Millionen Menschen trotz Vollzeitjob einen Zuschuss bekommen müssen, damit sie von ihrer Arbeit leben können, ist ein gesellschaftlicher Skandal. Neben einem zweiten Konjunkturpaket in zweistelliger Milliardenhöhe können Mindestlöhne ebenso wie die Anhebung des Regelsatzes für Hartz-IV-Bezieher ein Konjunkturmotor sein. So wird die Binnenachfrage angekurbelt.

Mindestlöhne sind in Europa der Normalfall. Sie sind keine Jobvernichter, sondern stabilisieren das Einkommen von Geringverdienern und schützen vor Sozialdum-

ping. Was in 20 von 27 europäischen Ländern – u. a. Frankreich und England – normal ist, sollte auch in Deutschland möglich sein. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von mindestens 8 Euro und eine sofortige Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro. Wir werden unsere Mindestlohnkampagne, wenn nötig bis zur Bundestagswahl 2009, fortführen. Auf die SPD ist in diesem Punkt kein Verlass, wie mehrfache Abstimmungen im Bundestag für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gezeigt haben.

### Sehenden Auges in den Abschwung

**Für Tausende Familien begann das Jahr 2009 mit Arbeitslosigkeit und finanziellen Einschränkungen – die ersten Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember um 114 000 gestiegen. Vorrangig betroffen sind Menschen in Leiharbeit und mit geringer Qualifikation. Sie sind die ersten Opfer der Krise.**

3,1 Millionen Arbeitslose sind ein gesellschaftlicher Skandal. Erneut ist die Arbeitslosigkeit im Osten mit 12,2 Prozent

fast doppelt so hoch wie im Westen mit 6,2 Prozent. Skandalös ist auch das Verhalten der Bundesregierung: Sie hat die mit der Konjunktur verbundene Senkung der Arbeitslosigkeit monatelang bejubelt und die Hände in den Schoß gelegt. Vor jeder Kamera verkünden ihre Vertreter nach zahlreichen Koalitionsrunden und Kanzlergipfeln, was sie nicht alles tun, um die Folgen der Krise zu mildern. Leichter ist aufzuzählen, was die Regierung alles nicht tut. Die Große Koalition ist eine Ankündigungs-koalition. Statt zu handeln, streiten Union und SPD monatelang um ein Konjunkturpaket, dass – wenn es denn endlich geschnürt ist – viel zu spät kommt.

DIE LINKE hat bereits Mitte des vergangenen Jahres ein Konjunkturprogramm von 50 Milliarden Euro gefordert und mit einer Millionärsabgabe auch aufgezeigt, wie es problemlos finanziert werden kann. DIE LINKE erneuert ihre Forderung nach verbindlichen Regelungen für den Schutz von Leiharbeitern und nach ihrer Gleichstellung mit Stammebelegschaften. DIE LINKE war es, die frei nach Omas Weisheit »Spare in der Zeit, so hast du in der Not!« eine Absenkung des Arbeitslosenbeitrages abgelehnt hat, weil das Geld in Erwartung von 800 000 Arbeitslosen mehr in diesem Jahr für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen fehlt. Statt mit Milliarden-summen Banken zu stützen, muss die Binnenkaufkraft gestärkt werden – mit der sofortigen Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von mehr als acht Euro und einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro.

## Petra Paus Newsletter

### CSU übernimmt Thema der LINKEN

**Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer plädiert für die Einführung von Volksentscheiden über europäische Fragen.**

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Ausgerechnet die CSU plädiert plötzlich für Volksentscheide auf Bundesebene. Bislang reagierte sie stets bockig, wie ein ängstlicher Esel. Nun greift sie ein weiteres langjähriges Thema der LINKEN auf.

### Der Staat gießt seine Daten-Gier in Gesetze

**Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier, warnt vor einer »privaten**

**Überwachungsgesellschaft internationalen Ausmaßes«.**

Die Mahnung Papiers an alle Bürgerinnen und Bürger, sorgsamer mit persönlichen Daten umzugehen, ist berechtigt, aber halbherzig. Denn nicht nur Private gieren nach Daten. Der Staat geht mit schlechtem Beispiel voran. Er sammelt, hortet und handelt immer maßloser.

Der Unterschied: Gegen private Daten-Geschäfte kann man sich vielleicht schützen. Der Staat indes gießt seine Gier in Gesetze und nennt das Tugend. Allein der Zwang zur Vorratsspeicherung aller Telekommunikations-Verbindungen ergab 2008 hierzulande mindestens 50 Milliarden Daten-Sätze.

Hinzu kommt: Immer mehr staatlich erfasste Daten werden leichtfertig weitergegeben, auf nimmer Wiedersehen ins Nirwana, zum Beispiel in die USA. Beides zusammen, privat und von Staats wegen, beschreibt die akute und internationale Gefahr: Mangelnder Datenschutz gefährdet die Demokratie.

### Leitkultur ist Worthülse mit Sprengkraft

**CDU-Generalsekretär Pofalla will eine »deutsche Leitkultur« zum Wahlkampf-Thema machen.**

»Deutsche Leitkultur« ist eine Worthülse mit viel Sprengstoff. Sie verbindet nicht, sie trennt. Das weiß auch die CDU. Sie hat politisch schon mehrfach gezündelt, erst Jörg Schönbohm, dann Friedrich Merz und wiederholt Roland Koch. Wer trotzdem mit einer »deutschen Leitkultur« um Zuspruch buhlt, muss die Nebenwirkungen kennen. Und die liegen Rechts.

### Der 19.12. ist ein rabenschwarzer Freitag

**Der 19. Dezember**

**mausert sich zum rabenschwarzen Freitag.**

2003 beschloss der Bundestag »Hartz IV«. 2008 votierte der Bundesrat für das »BKA-Gesetz«. Beide verändern die Bundesrepublik gravierend – zum Schlechteren. »Hartz IV« unterläuft den Sozialstaat und das »BKA-Gesetz« wirkt wider den Rechtsstaat.

*(Petra Pau ist Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss)*

## PINNWAND

### Termine

Di., 20.01., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**Stadtfraktionssitzung**

Mo., 02.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**AG »Malxe-Blatt«**

Di., 03.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**Stadtfraktionssitzung**

Di., 17.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung**

### Vorsicht Falle!

Im »Klingelton-Unterricht« sollen an britischen Schulen Kinder über Handy-Kostenfallen aufgeklärt werden. An deutschen Gymnasien gibt es mit der Berufsberatung ein ähnliches Fach: Hier werden die Schüler vor der Kostenfalle Studium gewarnt. **MK**

### Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

**Montag, 2. Februar 2009,**  
ab 10:00 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN,  
Cottbuser Straße 54

**Terminvereinbarung**  
telefonisch oder persönlich  
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr,  
☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

**Beratungsgebühr** zwischen 5 und 10 €.

### Geburtstage

20.01.: 65 Jahre, Gen. Bernd Peter in Döbern  
24.01.: 82 Jahre, Genn. Helga Rubin  
25.01.: 60 Jahre, Gen. Karl-Heinz George  
10.02.: 75 Jahre, Genn. Ingeborg Jarmusch  
13.02.: 67 Jahre, Genn. Erika Schmotz

*Herzlichen Glückwunsch  
den Jubilaren!*



Aus Eulenspiegel Nr. 1/09

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.